

Allianz Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Wien

Bilanz zum 31. Dezember 2017

Aktiva	31.12.2017 EUR	31.12.2016 EUR
1. Schuldtitle öffentlicher Stellen, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind	5.874.631,87	5.942
2. Forderungen an Kreditinstitute	3.952.896,10	6.349
a) täglich fällig	3.952.896,10	6.349
b) sonstige Forderungen	0,00	0
3. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	0,00	0
4. Sonstige Vermögensgegenstände	598.348,23	452
5. Rechnungsabgrenzungsposten	76.649,74	96
6. Aktive latente Steuern	51.165,59	35
	10.556.691,53	12.874

Posten unter der Bilanz

1. Sondervermögen der verwalteten Investmentfonds	13.155.000,41	13.203,201
2. Auslandsaktiva	4.585.629,45	4.658

Passiva

1. Sonstige Verbindlichkeiten	1.584.985,37	4.099
2. Rückstellungen	1.881.782,03	1.927
a) Rückstellungen für Abfertigungen	302.982,00	250
b) Rückstellungen für Pensionen	14.858,00	10
c) sonstige Rückstellungen	1.563.942,03	1.667
3. Gezeichnetes Kapital	726.728,34	727
4. Nicht gebundene Kapitalrücklage	4.700.000,00	4.700
5. Gewinnrücklagen	122.272,83	122
a) gesetzliche Rücklagen	72.672,83	73
b) andere Rücklagen	49.600,00	50
6. Bilanzgewinn	1.540.922,96	1.300
	10.556.691,53	12.874

Posten unter der Bilanz

1. Anrechenbare Eigenmittel gemäß Teil 2 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	5.549.001,17	5.549
2. Erforderliche Eigenmittel	3.668.720,44	3.696
3. Auslandsparisiva	408.833,60	646

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2017

	2017 EUR	2016 EUR
1. Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0
a) aus Bankguthaben	0,00	0
b) abzüglich negativen Zinsen aus Bankguthaben	-18.923,41	-16
a) aus festverzinslichen Wertpapieren	6.014,86	8
b) abzüglich negativen Zinsen aus festverzinsl. Wertpapieren	0,00	0
	6.014,86	8
2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0
a) aus Bankgeschäften	0,00	0
b) abzüglich negativer Zinsen aus Bankgeschäften	0,00	0
I. NETTOZINSETRAG	-12.908,55	-8
3. Erträge aus nicht festverzinslichen Wertpapieren	0,00	0
4. Provisionserträge	25.837.702,15	24.694
5. Provisionsaufwendungen	-18.812.020,83	-17.820
6. Sonstige betriebliche Erträge	51.274,78	190
II. BETRIEBSERTRÄGE	7.064.047,55	7.057
7. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	-5.001.860,59	-5.421
a) Personalaufwand	-2.157.982,16	-2.598
aa) Gehälter	-1.610.276,18	-1.957
ab) Aufwand für gesetzlich vorgeschriebene soziale Abgaben und vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-376.369,17	-395
ac) sonstiger Sozialaufwand	-51.853,85	-48
ad) Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-40.206,12	-40
ae) Dotierung der Pensionsrückstellung	-4.829,00	-6
af) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Vorsorgekassen	-74.447,84	-151
b) sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)	-2.843.878,43	-2.823
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-5.070,75	-11
III. BETRIEBSAUFWENDUNGEN	-5.006.931,34	-5.432
darunter: fixe Gemeinkosten		
EUR 5.006.931,34; 2016: TEUR 5.432		
IV. BETRIEBSERGEBNIS	2.057.116,21	1.625
9. Erträge/Verluste aus der Bewertung und Veräußerung von Wertpapieren, die nicht wie Finanzanlagen bewertet werden	0,00	0
V. ERGEBNIS DER GEWÖHNLICHEN GESCHÄFTSTÄTIGKEIT	2.057.116,21	1.625
10. Steuern vom Einkommen und Ertrag	-516.193,25	-325
a) laufende Steuern vom Einkommen und Ertrag	-532.741,27	-360
b) latente Steuern vom Einkommen und Ertrag	16.548,02	35
VI. JAHRESÜBERSCHUSS = JAHRESGEWINN	1.540.922,96	1.300

ANHANG zum Jahresabschluss 2017

I. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt. Bei der Bewertung wurde von der Fortführung des Unternehmens ausgegangen.

Die Bilanzierung, die Bewertung und der Ausweis der einzelnen Posten des Jahresabschlusses wurden nach den Vorschriften der §§ 43 ff BWG vorgenommen.

Die Forderungen an Kreditinstitute werden zum Nennwert angesetzt. Die Fremdwährungsbeträge werden grundsätzlich – den Bankansuchen entsprechend – zu den Devisen-Mittelkursen des Bilanzstichtages umgerechnet.

Bei Wertpapieren, die wie Finanzanlagen bewertet werden, wird gemäß § 56 (2) BWG und 56 (3) BWG vom Wahlrecht der zeitlichen Aufwands- und Ertragsrealisierung von über bzw. unter dem Rückzahlungsbetrag liegenden Anschaffungskosten Gebrauch gemacht. Alle übrigen Wertpapiere werden nach dem strengen Niederwertprinzip bewertet. Zuschreibungen werden bei einer nachhaltigen Wertaufholung vorgenommen, wobei maximal auf die Höhe der Anschaffungskosten zugeschrieben wird.

Vom Bewertungswahlrecht gemäß § 57 Abs. 1 BWG wurde nicht Gebrauch gemacht. Verbindlichkeiten werden zu ihrem Rückzahlungswert bilanziert.

Die Bewertung der Abfertigungs- und pensionsähnlichen Verpflichtungen (Krankenversicherungszuschuss) erfolgt nach folgenden Grundsätzen:

Berechnungsgrundlagen 2017

Abfertigung	Pensionsähnliche Rückstellung
versicherungsmathematische Methode	versicherungsmathematische Methode
Verfahren der laufenden Einmalprämien (Ansammlungsverfahren)	Verfahren der laufenden Einmalprämien (Ansammlungsverfahren)
Ansammlungszeitraum bis zum Erreichen der 25 Dienstjahre	Ansammlungszeitraum bis zum Erreichen des Pensionsantritts
Vermögensbewertung: nicht ausgelagert	Vermögensbewertung: nicht ausgelagert
Parameter	Parameter
Rechnungszins 2,50%	Rechnungszins 2,50%
Gehaltsvalorisierung 2,50%	Spitalkostenindex 3,50%
Fluktuationsabschlag 6,21%	
Pensionsantrittsalter Frauen 60 Jahre Männer 65 Jahre	Pensionsantrittsalter Frauen 60 Jahre Männer 65 Jahre
Berechnungstafeln Pagler & Pagler AVÖ2008-P	Berechnungstafeln Pagler & Pagler AVÖ2008-P

Berechnungsgrundlagen 2016

Abfertigung	Pensionsähnliche Rückstellung
versicherungsmathematische Methode	versicherungsmathematische Methode
Verfahren der laufenden Einmalprämien (Ansammlungsverfahren)	Verfahren der laufenden Einmalprämien (Ansammlungsverfahren)
Ansammlungszeitraum bis zum Erreichen der 25 Dienstjahre	Ansammlungszeitraum bis zum Erreichen des Pensionsantritts
Vermögensbewertung: nicht ausgelagert	Vermögensbewertung: nicht ausgelagert
Parameter	Parameter
Rechnungszins 3,00%	Rechnungszins 3,00%
Gehaltsvalorisierung 2,50%	Spitalkostenindex 3,50%
Fluktuationsabschlag 5,03%	
Pensionsantrittsalter Frauen 60 Jahre Männer 65 Jahre	Pensionsantrittsalter Frauen 60 Jahre Männer 65 Jahre
Berechnungstafeln Pagler & Pagler AVÖ2008-P	Berechnungstafeln Pagler & Pagler AVÖ2008-P

Der Rechnungszinssatz ist ein 7-Jahres-Durchschnittszinssatz, der sich aus marktüblichen Stichtagszinssätzen zum Jahresmitte des aktuellen Jahres und der letzten 6 Jahre ergibt. Der marktübliche Stichtagszinssatz ergibt sich aus den Vorgaben zu IAS 19 und spiegelt die Marktverhältnisse am Bilanzstichtag für erstklassige festverzinsliche Anleihen entsprechend der Währung und der Duration der Verbindlichkeiten wider. In der Eurozone stützt sich die Bestimmung des Rechnungszinssatzes auf als AA eingestufte Finanz- und Unternehmensanleihen, die von Allianz Investment Data Services (IDS) zur Verfügung gestellt werden, und auf ein vereinfachtes Cashflowprofil für einen gemischten Bestand. Die ICOFR (Internal Controls Over Financial Reporting)-zertifizierte Allianz Global Risk (GRIPS)-Methodologie ist eine

von der Allianz Gruppe interne Entwicklung des empfohlenen Nelson-Siegel-Modells.

Die Zinsen auf die Rückstellungen für das Sozialkapital sowie Auswirkungen aus einer Änderung des Zinssatzes werden imerso aufwands erfasst.

Zu den Zinsen auf die Rückstellungen für das Sozialkapital sowie Auswirkungen aus einer Änderung der Abfertigung als auch bei der pensionsähnlichen Verpflichtung (Krankenversicherungszuschuss) handelt es sich um nicht ausgelagerte Bestände.

Die Werte zum 31. Dezember 2017 gliedern sich wie folgt:

Nicht ausgelagerte Bestände	Abfertigung	2017	2016	pensionsähnliche Verpflichtung	2017	2016
Rückstellung	302.982	250.219	14.858	10.029		
Gesamtverpflichtung	302.982	250.219	14.858	10.029		

In den sonstigen Rückstellungen werden unter Beachtung des Vorsichtsprinzips alle zum Zeitpunkt der Bilanzherstellung erkennbaren Risiken und der Höhe sowie dem Grunde nach ungewisse Verbindlichkeiten mit den Beträgen berücksichtigt, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich sind. Langfristige Rückstellungen werden nennmeh mit dem Erfüllungsbetrag erfasst und mit einem Zinssatz von 1,47 % (2016: 1,84%) abgezinst. Zur Bestimmung der Marktüblichkeit des Zinssatzes werden die deutschen Kundmachungen der Rechtsverordnungen nach § 253 Abs. 2 vierter Satz dHG herangezogen.

Das Kreditinstitut führt kein Wertpapier-Handelsbuch.

Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung, die weder im Geschäftsjahr noch im Vorjahr einen Betrag ausweisen, werden gem. § 223 Abs. 7 UGB nicht angeführt.

Die Gesellschaft steht mit der Allianz Investmentbank Aktiengesellschaft, Wien, als übergeordnetem Kreditinstitut in einem Konzernverhältnis. Die Muttergesellschaft erstellt gem. § 59 Abs. 1 BWG einen Konzernabschluss (kleinster Konsolidierungskreis). Der Konzernabschluss und der Konzernbericht der Allianz Investmentbank Aktiengesellschaft, Wien, werden beim Firmenbuch des Handelsgerichts Wien unter der Nummer 64999199 hinterlegt. Die Gesellschaft steht mit der Allianz SE, München, Deutschland, als oberste Konzerngesellschaft und den verbundenen Unternehmen in einem Konzernverhältnis und gehört deren Vollkonsolidierungskreis an. Die Allianz SE erstellt unter Einbeziehung der Allianz Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH einen Konzernabschluss (großer Konsolidierungskreis). Der Konzernabschluss und der Konzernbericht der Allianz SE, München, werden beim Firmenbuch des Handelsgerichts Wien unter der Nummer 270042X hinterlegt.

II. Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva Die Veranlagung der Eigenmittel erfolgte zum 31.12.2017 ausschließlich in Form von Schuldverschreibungen. Die Schuldverschreibungen sind dem Anlagevermögen gewidmet. Der Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungsbetrag und Anschaffungskosten gem. § 56 Abs. 2 BWG beträgt 96.846 EUR per 31.12.2017. Im Geschäftsjahr 2018 ist eine Anleihe mit einer Nominal von 380.000 EUR fällig. Im Vorjahr waren keine Anleihen fällig.

Finanzanlagevermögen 2017	Nominale	Buchwert (+)/Lasten(-)	davon stille Reserven	börsennotiert
Schuldtitle öffentlicher Stellen	5.745.000	5.841.846	60.887	5.745.000
Umlaufvermögen 2017				
nicht festverzinsliche Wertpapiere				
Finanzanlagevermögen 2016	5.745.000	5.909.161	114.172	5.745.000
Umlaufvermögen 2016				
nicht festverzinsliche Wertpapiere				

Von den Forderungen an Kreditinstitute entfallen 3.952.896 EUR (31.12.2016: 6.349.472 EUR) auf verbundene Unternehmen.

Der Posten sonstige Vermögensgegenstände setzt sich im Wesentlichen aus den Verrechnungsstellen mit den verwalteten Investmentfonds von 295.593 EUR (31.12.2016: 231.287 EUR) zusammen sowie aus Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 243.110 EUR (31.12.2016: 157.367 EUR). Der Restauftrag beträgt für den gesamten Posten, wie im Vorjahr auch, weniger als drei Monate. Davon betreffen 538.966 EUR (31.12.2016: 390.362 EUR) Erträge, die erst nach dem Bilanzstichtag zahlungswirksam werden. Es gibt keine auf fremde Währung lautende Aktivposten (31.12.2016: 0 EUR).

Die aktiven latenten Steuern wurden auf Unterschiede zwischen dem steuerlichen und der unternnehmensrechtlichen Wertansatz zum Bilanzstichtag gebildet und belaufen sich auf 51.166 EUR (31.12.2016: 34.618 EUR).

Passiva Bei den sonstigen Verbindlichkeiten handelt es sich im Wesentlichen um Verbindlichkeiten gegenüber Kooperationspartnern in Höhe von 1.390.104 EUR (31.12.2016: 1.715.370) sowie um Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 78.417 EUR (31.12.2016: 2.044.827 EUR). Bei allen Verbindlichkeiten betragen die Fälligkeiten weniger als drei Monate. Davon betreffen 1.584.985,37 EUR (31.12.2016: 4.098.815 EUR) Aufwendungen, die erst nach dem Bilanzstichtag zahlungswirksam werden. Die sonstigen Rückstellungen enthalten unter anderem 884.191 EUR (31.12.2016: 866.975 EUR) an Rückstellungen für Beratungsgebühren im Zusammenhang mit dem Fondsmanagement, 339.929 EUR (31.12.2016: 545.168 EUR) für Prämien und 167.017 EUR (31.12.2016: 152.811 EUR) für nicht konsumierte Urlaube. Der Unterschied zwischen dem Nominale und dem diskontierten Erfüllungsbetrag beträgt 5.344 EUR (31.12.2016: 8.365 EUR). Das Stammkapital steht unverändert mit 726.728 EUR zu Buche und ist zur Gänze einbezahlt. Die Gesellschaft ist eine 100%ige Tochter der Allianz Investmentbank Aktiengesellschaft, Wien, und damit ein verbundenes Unternehmen des Allianz Versicherungskonzerns. Die Kapitalanlagegesellschaft verwaltet Investmentfonds, die zu einem wesentlichen Teil von Konzernunternehmen gehalten werden.

Die nicht gebundenen Kapitalrücklagen betragen unverändert zum Vorjahr 4.700.000 EUR. Die gesetzliche Rücklage besteht unverändert im gesetzlich erforderlichen Ausmaß iHv 72.673 EUR.

Die freie Rücklage beträgt unverändert 49.600 EUR.

Der Bilanzgewinn beträgt 1.540.923 EUR (31.12.2016: 1.299.673 EUR). Der Hauptversammlungs wird vorgeschlagen, den gesamten Bilanzgewinn an die Allianz Investmentbank Aktiengesellschaft, Wien, auszuschiütten.

Es gibt keine auf fremde Währung lautende Passivposten (31.12.2016: 0 EUR).

Posten unter der Bilanz Die anrechenbaren Eigenmittel gemäß Teil 2 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 betragen 5.549.001 EUR (31.12.2016: 5.549.001 EUR). Die erforderlichen Eigenmittel betragen 3.668.720 EUR (31.12.2016: 3.696.010 EUR). Das Kernkapital setzt sich aus dem Stammkapital von 726.728 EUR, den nicht gebundenen Kapitalrücklagen von 4.700.000 EUR und den Gewinnrücklagen von 122.273 EUR zusammen.

Die Gesamtkapitalrentabilität gemäß § 64 (1) in 19 BWG beträgt zum 31.12.2017 14,6% (31.12.2016: 10,1%).

Das Volumen der verwalteten Investmentfonds beträgt per 31.12.2017 rund 13,16 Mrd. EUR (31.12.2016: 13,20 Mrd. EUR).

III. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Der Nettozinsertrag beträgt -12.908 EUR (2016: -7.553 EUR). Die negativen Zinsen aus Bankguthaben stehen mit 18.923 EUR (2016: 15.502 EUR) zu Buche. Der Zinsertrag aus festverzinslichen Wertpapieren setzt sich zusammen aus 73.330 EUR (2016: 84.506 EUR) Kuponerträgen und Aufwände in Höhe von 67.315 EUR (2016: 75.530 EUR), die den zeitanteiligen Verbrauch des Unterschiedsbetrags zwischen Rückzahlungsbetrag und Anschaffungskosten gem. § 56 Abs. 2 und § 3 Abs. 1 darstellen mit 25.766,114 EUR (2016: 24.611,183 EUR) aus den Provisionen für die Verwaltung der Fonds zusammen. Ein geringer Teil in Höhe von 71.588 EUR (2016: 74.709 EUR) resultiert aus der Verwaltung des im Direktbestand der Allianz Elementar Versicherungs-Aktiengesellschaft, Wien, und der Allianz Elementar Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft, Wien, gehaltenen Vermögens. Der Anstieg im heurigen Jahr resultiert aus einem Zuwachs der durchschnittlichen Fondsvolumina sowohl aus intern gemanagten Fonds, als auch Kooperationspartnerfonds.

In den Provisionsaufwendungen der Gesellschaft sind die Depotbankgebühren, die sich auf 10.726.812 EUR (2016: 10.197.859 EUR) beläuft und sich in Abhängigkeit von den Provisionserträgen errechnen, und Vertriebsersatzleistungen in Höhe von 4.639.836 EUR (2016: 4.248.743 EUR) enthalten. Darüber hinaus sind auch externe Advisor Fees sowie Bestandsgebühren an die Allianz Elementar Versicherungs-Aktiengesellschaft angefallen. Der Anstieg der Provisionsaufwendungen lässt sich auf die bereits oben erwähnten gestiegenen Fondsvolumina zurückführen und korrespondiert auch mit den höheren Erträgen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge umfassen Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 45.993 EUR (2016: 54.562 EUR). Im Vorjahr waren in diesem Posten noch Erträge aus den Absicherungsgebühren zu den SAR und RV Optionen in Höhe von 121.481 enthalten. Der Personalaufwand liegt mit 2.157.982 EUR unter jenem des Vorjahres (2016: 2.597.572 EUR). Im Vorjahr waren im Personalaufwand Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Abgang einer Geschäftsführerin enthalten sowie Aufwendungen betreffend der Group Equity Incentive Pläne.

Der gesamte Pensionsaufwand beträgt 45.035 EUR (2016: 46.824 EUR). Der gesamte Abfertigungsaufwand beträgt 74.448 EUR (2016: 150.610 EUR). Davon entfallen EUR 21.408 (2016: EUR 20.139) auf Beiträge an betriebliche Vorsorgekassen.

Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beträgt 16,8 Personen (2016: 17). Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind Angestellte der Gesellschaft. Der Sachaufwand beträgt 2.843.878 EUR (2016: 2.823.335 EUR). Der Aufwand für die Prüfung des Jahresabschlusses betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr 20.400 EUR (2016: 20.400 EUR). Andere Bestätigungsleistungen fielen im Jahr 2017 – sowie im Vorjahr – nicht an. Die Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen werden auf Basis der geltenden Verträge für das kommende Wirtschaftsjahr 44.664 EUR (2016: 41.000 EUR) und für die folgenden fünf Wirtschaftsjahre voraussichtlich 244.241 EUR (2016: 219.861 EUR) betragen; der gesamte Betrag besteht gegenüber verbundenen Unternehmen. Der Ausweis der Steuern vom Einkommen betrug 532.741 EUR (2016: 359.556 EUR). Die Veränderung an aktiven latenten Steuern für das abgelaufene Geschäftsjahr beträgt 16.548 EUR (2016: 34.618 EUR).

Die latenten Steuern werden gemäß § 198 Abs. 9 und 10 UGB nach dem bilanzorientierten Konzept und ohne Abzinsung auf Basis des aktuellen Körperschaftsteuersatzes von 25% gebildet.

Anlagenpiegel

Angaben in EUR	Anschaffungs- und Herstellungskosten				kumulierte Abschreibungen & Agioverteilung						
	Anschaffungs-kosten 01.01.2017	Zu-gänge	Ab-gänge	Umbu- gänge	Anschaffungs-kosten 31.12.2017	Stand am 01.01.2017	Zu- bzw. Ab-nahme	Buchwerte 31.12.2017	Buchwerte 31.12.2016		
Finanzanlagen	6.047.547	0	0	0	6.047.547	138.386	67.315	0	205.701	5.841.846	5.909.161
	6.047.547	0	0	0	6.047.547	138.386	67.315	0	205.701	5.841.846	5.909.161

Die Gesellschaft ist in Bezug auf die Körperschaftsteuer ein Gruppenmitglied der Unternehmensgruppe der Allianz Holding eins GmbH, Wien, als Gruppenleiter.

Die Gruppenmitglieder werden an die Gruppenmitglieder der von diesen verursachten Körperschaftsteuer mittels Steuerumlagen belastet bzw. im Verlustfall gutgeschrieben. Bei nachträglichen Abweichungen des Steuererfordernisses werden die Steuerrechnungen gegenüber den Gruppenmitgliedern angepasst.

IV. Sonstige Erläuterungen

Vorschüsse und Kredite an Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates werden nicht vergeben. Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten für das Geschäftsjahr 2017 Vergütungen in Höhe von 15.000 EUR (2016: 15.000 EUR).

Unter Inanspruchnahme der Schutzklausel des § 242 Abs. 4 UGB werden die Aufwendungen aus 2017 für die Mitglieder der Geschäftsführung nicht anders dargestellt. Der Pensions- und Abfertigungsaufwand für die Geschäftsführung und leitende Angestellte ist ein Aufwand iHv 47.214 EUR (2016: Ertrag 9.538 EUR) und für die sonstigen Arbeitnehmer ein Aufwand iHv 72.269 EUR (2016: 206.972 EUR).

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden keine Geschäfte mit der Gesellschaft nahestehenden Unternehmen und Personen im Sinne des § 238 UGB abgeschlossen.

Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine mittelgroße Kapitalgesellschaft im Sinn des § 221 Abs. 2 UGB.

Wesentliche Ereignisse, die die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Gesellschaft beeinflussen, sind seit dem Bilanzstichtag nicht eingetreten.

V. Organe

Mitglieder des Aufsichtsrates Dr. Harald LANKSCH (Vorsitzender des Aufsichtsrates); Univ. Prof. Dr. Christian NOWOTNY (Stellvertreter des Vorsitzenden); RA Dr. Corvin HUMMER; Dkfm. Reinhard PHINZER; Wolfgang JERABEK; Mag. Robert SIKORA (bis 07.04.2017); Mag. Daniel PLANER (ab 07.04.2017).

Stabskommissär Mag. Heidemarie ZANETTA; AD Thomas GALEE (Stellvertreter).

Geschäftsführer Mag. Christian RAMBERGER; Michael BODE.

Wien, am 26. Februar 2018

Michael Bode

Mag. Christian Ramberger

Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Prüfungsurteil Wir haben den Jahresabschluss der Allianz Invest Kapitalanlagegesellschaft mbH, Wien, bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017, der Gewinn- und Verlustrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und dem Anhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31. Dezember 2017 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens- und bankrechtlichen Vorschriften. **Grundlage für das Prüfungsurteil** Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt „Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens-, bank- und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Verantwortlichkeiten der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmens- und bankrechtlichen Vorschriften ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigen, entweder die Gesellschaft zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen, oder haben keine realistische Alternative dazu.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft.